Lobbying nach Lissabon – Die Vertretung der Interessen der Stadt Wien in Brüssel am Beispiel der EU-Donauraumstrategie

Das „Wien-Haus“ in Brüssel dient, der aktiven Vertretung von Interessen der Stadt Wien bei den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel, wie weitere rund 300 Regionalbüros, die ihren Sitz in der belgischen Hauptstadt haben. Der ausgezeichnete internationale Ruf der Stadt Wien bildet eine gute Voraussetzung für das Lobbying von Wiener Interessen. Allerdings haben sich mit Inkrafttreten des Vertrag von Lissabon die Rahmenbedingungen geändert. Das Europäische Parlament wurde mit neuen Rechten und höheren Kompetenzen ausgestattet, es ist wesentlich selbstbewusster geworden. Für die Europäische Kommission bedeutet dies, dass sie das Parlament frühzeitiger und genauer als bisher in ihre Pläne einbinden muss, wenn sie damit Erfolg haben will. Gleichzeitig ist der Rat durch die Schaffung der ständigen Präsidentschaft zu einem neuen Faktor im Institutionengefüge geworden, was sich ganz besonders im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat.

Die Städte und Regionen haben im Vertrag von Lissabon zwar eine rechtlichformale Aufwertung durch die Möglichkeit der Subsidiaritätsklage für den Ausschuss der Regionen erfahren, jedoch steht dem immer noch das mächtige Entscheidungsdreieck auf EU-Ebene – Rat – Kommission – Parlament gegenüber. Der neue Wachstumsbericht der Kommission erwähnt die lokale Ebene nur am Rande, noch immer müssen Städte und Regionen um ihre Anhörung kämpfen. Für die Interessensvertretung gegenüber der EU insgesamt bedeutet dies, dass der Fokus stärker auf die Aktivitäten des EP zu richten ist, da die Dossiers nahezu zeitgleich in Kommission und Parlament abgearbeitet werden. Beim Lobbying für Städte und Regionen gilt es daher nach wie vor, Bündnisse mit geeigneten politischen, fachlichen, regionalen und anderen AkteurInnen zu schließen und die Positionierung durch strategische Kommunikation auf verschiedenen Ebenen zu begleiten und abzusichern.

Lobbying erfordert eine klare Positionierung, setzt eine Analyse des Umfelds, möglicher BündnispartnerInnen und KritikerInnen sowie ihrer Interessenslagen voraus, baut auf eine gute Kenntnis des Gegenübers und soll zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort in der richtigen Art und Weise betrieben werden. Anhand der Initiative zur Schaffung einer Makroregion für den Donauraum werden nun die Aktivitäten des Wien-Hauses in Brüssel im Rahmen der Wiener Positionierung zur EU-Donauraumstrategie dargestellt.

Kontakt:
Michaela Kauer, MBA
Leiterin Verbindungsbüro
der Stadt Wien in Brüssel
michaela.kauer@wien.gv.at

Hohe „credibility“ der Donaumetropole Wien als Türöffner in der EU

Diese Positionierung erfolgte vor dem Hintergrund eines langjährigen Engagements Wiens in der Donauregion, das von bilateralen Kontakten auf höchster politischer Ebene, über die ARGE Donauländer, CENTROPE bis hin zu anderen Netzwerken reicht. Die Aktivitäten der Stadt fanden und finden auf politischer und wirtschaftlicher Ebene statt – vom Wiener Hafen über den Natur- und Umweltschutz in der Region bis hin zu humanitären Aktionen im Zuge der Balkankrise und aktiver Nachbarschaftshilfe. Wien hatte damit für die Entwicklung starker Positionen zur EU-Donauraumstrategie die besten Voraussetzungen und v.a. eine hohe Glaub-würdigkeit, nicht nur bei den Partnern in den Donauländern, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene.

Das Wien-Haus war sehr früh in die Vorbereitungen zur Entwicklung einer Wiener sowie einer Bundesländerposition eingebunden. So begannen bereits im Herbst 2009 Gespräche von VertreterInnen Wiens mit MitarbeiterInnen in der Europäischen Kommission, in Wien fand im Sommer 2009 eine Konferenz zur Entwicklung der Förderprogramme in Ost- und Südosteuropa statt und vorbereitende Studien seitens der Stadtplanung wurden in Auftrag gegeben. Die Abstimmungen in Österreich mündeten sehr früh in ein erstes Positionspapier, das im Jänner 2010 in einer Veranstaltung im Wien-Haus in Brüssel einem breiten Publikum präsentiert wurde. Eine der Kernaussagen des Bundesländer-Papiers war die Forderung nach einem starken Schwerpunkt auf „good governance“ in der künftigen Donauraumstrategie, um den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt auch durch politische Stabilität in der Region abzusichern.

An diesem frühen Signal zeigt sich, wie wichtig es ist, bereits vor der Vorlage eines konkreten Dokuments der Kommission, die MitarbeiterInnen der EK durch Fachbesuche zu informieren, sie zu Briefings, Präsentationen, Seminaren und Konferenzen einzuladen, ihnen vor Ort in den Mitgliedstaaten Gelegenheit zum Austausch zu geben. Seitens Wiens war die rasche Erarbeitung und Präsentation der eigenen sowie der 4-Bundesländerposition zur Donauraumstrategie der EU eine gelungene Initiative. Dass das Parlament sich mit dieser Frage befassen würde, war klar, seit es Anfang 2010 im Zuge der Verhand-

lungen über die parlamentarischen „Intergroups“ auch eine Initiative für eine Intergruppe Donau gab, die zwar nicht erfolgreich war, aber dennoch ein Indiz für das weitere Interesse des Parlaments an dieser Frage bildete. Im Rahmen einer parlamentarischen Aussprache bei der Plenartagung in Straßburg im Jänner 2010 konnte das Wien-Haus durch die Übermittlung der ersten Kernbotschaften an eine EP-Abgeordnete auch daran mitwirken. Auch später beobachteten MitarbeiterInnen des Wien-Hauses die Aktivitäten zum Donauraum im Parlament und berichteten nach Wien.

Der „richtige Ort“ für Lobbying, also die Identifizierung gewichtiger EntscheidungsträgerInnen, MeinungsbildnerInnen, ihrer MitarbeiterInnen, etc., hängt stark vom Thema und vom Zeitpunkt der Intervention ab. Rund um die Donauraumstrategie bildete sich innerhalb kurzer Zeit ein komplexes Umfeld von Interessenslagen, auch vor Ort in Brüssel. So war Baden-Württemberg (mit dem starken ökonomischen Hintergrund des Technologieexports in diese Region) sehr frühzeitig aktiv bei der Initiative für die Schaffung einer Intergruppe Donau im Rahmen des Ausschusses der Regionen, in der es derzeit noch den Vorsitz führt. Das Regionalbüro Baden-Württemberg in Brüssel hat diese Aktivitäten auch durch ein breites Netzwerk der Regionalbüros und anderer Institutionen, die vor Ort in Brüssel vertreten sind, ergänzt. Insbesondere im Frühjahr setzten auch Budapest, Rumänien und andere mehr weitere Initiativen im Zusammenhang mit der Donauraumstrategie. Ebenso hatte der Wirtschafts- und Sozialausschuss im April begonnen, sich mit der Donauraumstrategie zu befassen. Im Herbst fanden die „3. Donautage“ der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel statt, bei denen Wien mit einem Stand der TINA Vienna und dem Interact Projekt stark vertreten war. Von all diesen Aktivitäten wurde laufend nach Wien berichtet.

Im Zuge des Prozesses hat sich gezeigt, dass es nützlich ist, künftig vermehrt kompakte Informationen für das Parlament aufzubereiten, die in der Regel einen Anspruch erfüllen müssen: Kürze. Der/dem Abgeordneten zum EP, die/der nur eine Minute Redezeit im Plenum hat, wird ein sehr kurzes Statement oder ein Entwurf für einen Abänderungsantrag mehr helfen, als eine 20-seitige Studie, die eher von Interesse in einem Konsultationsprozess auf nationaler Ebene oder für die Kommission ist. Die Kontaktpflege zu den Abgeordneten, ihren MitarbeiterInnen und den verschiedenen Sekretariaten wird in Zukunft wichtiger.

Um also ein Anliegen gut zu präsentieren, sind nicht nur gute Kenntnisse der Institutionen und der Rahmenbedingungen der dort tätigen handelnden Personen wichtig. Dass auch die formalen Prozesse im Rechtssetzungsverfahren, die von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat anders organisiert sein können, beherrscht werden müssen, liegt auf der Hand. Darüber hinaus aber sollte – insbesondere bei wichtigen Dossiers – im Sinne einer begleitenden strategischen Kommunikation die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt betrieben werden, einerseits um die Bedeutung der Initiative in einem größeren Umfeld sichtbar zu machen und so die Aufmerksamkeit hoch zu halten, andererseits aber auch, um potenziellen UnterstützerInnen seitens der Abgeordneten zum Europäischen Parlament eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Ein gutes Beispiel hierfür im Zusammenhang mit der Donaustrategie war und ist die kontinuierliche Berichterstattung zu den Wiener Aktivitäten auf der Online-Plattform www.wieninternational.at.

Es zeigt sich also, dass die Institutionen der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon viel rascher und komplexer aufeinander reagieren als bisher. Die Positionierung zu einem Dossier wird in Zukunft früher und – in wichtigen Fällen – über vielschichtigere Kanäle erfolgen müssen – und hier stellt sich auch die Frage der Möglichkeit, Positionen auf Ebene der politischen und administrativen Führung abzusichern. Die Beobachtung des Agenda-Setting vor Ort und die Vermittlung der Position Wien (und damit die Schaffung strategischer Bündnisse) wird über verschiedene Gremien und Netzwerke erfolgen müssen; das stellt angesichts der Fülle von Themen und Netzwerken bzw. Gremien eine Herausforderung an die interne Kommunikation dar. Dass Wien im Februar 2011 schließlich den Zuschlag für die Prioritätenkoordination im Bereich „governance“ erhielt, ist ein Erfolg der Gesamtstrategie, an der viele AkteurInnen mitwirkten.